

Bezugspreis:

Bezahlb. 30. — Wochens. 10. — ...

Verlagsadresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Montag, den 9. August 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Die Beschlüsse von Hythe.

Paris, 8. August. Die Konferenz zwischen Milles...

Die englische Regierung hat von den Sowjets eine endgültige Antwort auf die Note, die ihnen Freitag überreicht wurde, nicht erhalten.

Lord Ribbles, der dieses Communiqué den Journalisten mitteilte, betonte seine Erklärungen mit den Worten: die Lage ist ernst.

Nach einer Havadmeldung aus Hythe dauerten die Beratungen am Sonntag bis 7 Uhr 30 Minuten abends.

Der englische Vorschlag abgelehnt.

Paris, 8. August. Nach einer Havadmeldung aus Hythe hat die Sowjetregierung von Moskau die englischen Vorschläge endgültig abgelehnt.

Nach einer Meldung des „Journal des Débats“ hat die englische Regierung der Sowjetregierung vorgeschlagen, daß die Alliierten darauf verzichten, sich in die polnisch-russischen Friedensverhandlungen einzumischen.

Nach einer Notermeldung ist die Antwort Moskaus an die englische Regierung tatsächlich in London eingetroffen.

Belagerungszustand im Saarrevier.

Am 6. August traten, wie wir bereits meldeten, die Beamten und Eisenbahner des Saargebietes in den Streik, um gegen einige Verordnungen der internationalen Regierungskommission, die ein Instrument des Völkerbundes sein soll, sich aber als ein sehr gefügiges Instrument des französischen Militarismus erweist, zu protestieren.

Am Sonnabend wurde ohne jede Ursache der verschärfte Belagerungszustand über das ganze Saargebiet verhängt. Herrscher ordneten die Nachhaber gegen eine ganze Reihe politisch mißliebiger Personen Hausdurchsuchungen und Verhaftungen, hauptsächlich gegen Angehörige der Presse.

In Widerspruch zu dieser Meldung, die ausdrücklich die ruhige Haltung der Bevölkerung betont, steht ein anscheinend auf französische Quellen zurückzuführendes Telegramm des

den erklärt habe, seien diese Verhandlungen der schnellste und beste Weg, um zum Frieden zu gelangen.

Der Vorstoß auf Warschau.

Warschau, 8. August. (Havas.) Es werden starke bolschewistische Truppenkonzentrationen vor Warschau und im Norden der Stadt gemeldet.

Ein Funkpruch aus Moskau meldet über die militärischen Operationen: Im Westen von Lomja haben wir Michonin! eingenommen.

Der polnische Heeresbericht meldet die Befehung der Stadt Lomja durch die Bolschewisten. Nördlich von Ostrolenka geht der Kampf weiter.

Proklamation der polnischen Regierung.

Amsterdam, 9. August. Nach einer Brüsseler Meldung hat der polnische Ministerpräsident eine Proklamation an das polnische Volk gerichtet, in der es heißt:

Die Bolschewisten hoffen Warschau zu besetzen und dort den Polen den Frieden zu diktiert. Die Regierung der nationalen Verteidigung, die Regierung der Bauern und Arbeiter ruft die gesamte Nation auf zur Verteidigung der Freiheit.

Weiter heißt es in dem Aufruf: Die Regierung wolle einen gerechten und dauernden Frieden und wünsche in gutem Einvernehmen mit ihren Nachbarn zu leben.

B. L. B. aus Mainz, in dem behauptet wird, im Saarrevier seien die Weichen aufgerissen und die Eisenbahnsignale zerstört.

Eine Kundgebung in Bochum.

Bochum, 9. August. („Frl. Sta.“) Eine von den sozialistischen Parteien aller Richtungen, den freien Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen und der Arbeiterunion einberufene Massenversammlung protestierte gestern auf dem Marktplatz gegen die Vergewaltigung Katernbergs.

Gien, 9. August. (WZ.) Die für Sonntag anberaumte Delegiertenkonferenz der sozialistischen Parteien und des Gewerkschaftsbundes des Rheinisch-Westfälischen Industriegebietes war infolge der Abreise der S. P. D. nur gering besetzt.

Die französische Regierung hat an die deutsche Regierung eine Note gerichtet, in der sie auf den unerlaubten Charakter der Behinderung regelmäßiger Entsendungen nach Obereschleien hinweist.

Praktische Arbeit!

Die provisorische Betriebsrätezentrale Groß-Berlin, Münzstr. 24, hatte sich angeblich die Aufgabe gestellt, nunmehr endlich die so dringend notwendige praktische Arbeit in die Wege zu leiten.

In der „Freiheit“ werden nunmehr die Betriebsräte aufgeföhrt, alle Maßnahmen in den Betrieben zur Durchführung der Neutralität zu treffen.

Angefaßt solcher Tätigkeit der provisorischen Zentrale der Betriebsräte ist es schwer, den Gedanken loszuwerden, daß sie auch heute noch nicht von der Idee der politischen Arbeiterräte loskommen kann.

Die Arbeitgebervereinigungen arbeiten mit Hochdruck, Rundschreiben über Rundschreiben werden losgelassen mit Richtlinien, wie man den Betriebsräten jeden Einfluß nehmen kann.

Eine bedeutende Arbeitgebervereinigung in Berlin verpflichtet einfach ihre Mitglieder, in Sitzungen des Betriebsrates nur zu erscheinen, wenn dem Unternehmer der Vorsitz übertragen wird.

Im allgemeinen werden in Arbeitgeberkreisen die Betriebsräte als Einzelverlonen wie Freiwild behandelt. Wie ein roter Faden zieht sich durch die bürgerliche Presse die Hoffnung der Arbeitgeber, es möchte den Anhängern der selbständigen Betriebsräteorganisationen gelingen, ihre Ideen durchzusetzen.

Tagen kann die gleiche Presse ihre große Besorgnis nicht unterdrücken, daß letzten Endes doch die Gewerkschaften die Erfassung der Betriebsräte vornehmen und diese dadurch zu einer starken Macht kommen lassen.

In einem Rundschreiben an die gesamten deutschen Unternehmer wird Bericht erstattet über die Tätigkeit, welche im Auftrage des deutschen Unternehmertums ausübt worden ist, um das Betriebsrätegesetz zu Fall zu bringen.

Wenn es letzten Endes nicht möglich war, das Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes zu verhindern, so ist dies darauf zurückzuführen, daß und die geschlossene Front der fehsorganisierten Arbeitnehmerschaft gegenüberstand.

Und es wird dann empfohlen, dieser geschlossenen Front der Arbeitnehmer die ebenso geschlossene Front der Arbeitgeber entgegenzustellen.

Jeder Arbeitnehmer muß erkennen, wohin die Reise geht, wenn die Versplitterungsbestrebungen in unseren Reihen nicht mit aller Energie unterdrückt werden.

wirtschaftsfeindlichen Ideen der K. A. P. D., die separatistischen Bestrebungen der Syndikalisten, das Wiederaufleben der Gelben, die Harmoniebestrebungen der einzelnen Schichten der Angestellten und dazu die selbständige Betriebsräteorganisation, welche sich einbildet, alle diese Elemente unter einen Hut bringen und sozialistische Politik treiben zu können, schwächen die Kraft der Arbeiterklasse. Nur durch weitläufige Organisation in freien Gewerkschaften und zielbewusste Betätigung der Betriebsräte innerhalb derselben, können wir vorwärts kommen. In einem Leitartikel der „Freiheit“ vom 6. August kann der Artikelsschreiber fast in jedem Absatz nur schmerzlich dieses Erkenntnis unterdrücken. Unumwunden wird zugegeben, daß den „heute schon revolutionären“ Gewerkschaften selbständige Betriebsräteorganisationen nicht entgegengegriffen werden dürfen. Das sind aber letzten Endes alles Ausflüchte. Warum geht man nicht offen und ehrlich dazu über, die Masse darüber aufzuklären, daß die Energie nicht allein durch das Wort revolutionär gekennzeichnet wird?

In den eingangs dieser Ausführungen geschilderten Maßnahmen der provisorischen Betriebsrätezentrale ist ein Einfluß der Gewerkschaftskommission in bezug auf praktische Arbeit nicht erkennbar. Die Münzstraße beherrscht die Bühne. Die Betriebsräte der Afa und die freien Gewerkschaftler, welche in der Betriebsrätezentrale der S. P. D. zusammengeschlossen sind, sowie alle übrigen, welche auf dem Boden der freien Gewerkschaften stehen, und die diese Maßnahmen ablehnen, werden nunmehr die praktische Arbeit beginnen. Alle Vorbereitungen dazu sind getroffen.

Die Betriebsräte haben die Aufgabe, die Uebernahme der deutschen Wirtschaft in den Besitz der Allgemeinheit vorzubereiten. Das ist eine große Aufgabe. Sie erfordert ganze Hingabe und großes Wissen. Dieses Wissen legt man sich nicht dadurch zu, daß ununterbrochen bestimmte Angelegenheiten herausgegriffen werden, um sie zu Aktionen zu verdichten. Bei aller Bedeutung der Betriebsräte für die Arbeiterklasse müssen wir uns auch endlich darüber klar werden, daß man alles mit den Betriebsräten nicht erreichen kann, sondern daß es neben den von ihnen zu bearbeitenden Gebieten im Staatsleben noch eine Reihe von Fragen gibt, deren Lösung Sache des ganzen Volkes und ebenso dringend und wichtig ist, als die Frage der Uebernahme der deutschen Wirtschaft durch die Betriebsräte. **Clemens Körpel**

Wahrung der Neutralität.

Die Gewerkschaften (S. D.) schließen sich an.

Berlin, 9. August. Der Verband der deutschen Gewerkschaften (S. D.), der Gewerkschaftsbund der Angestellten und der Allgemeine Eisenbahnerverband erlassen folgenden Aufruf an die deutsche Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenchaft:

Die deutsche Regierung hat im Kriege zwischen Rußland und Polen eine unbedingte Neutralität verkündigt. Sie hat erklärt, daß diese Neutralität unter allen Umständen zu wahren ist auch gegen Uebergriffe der Entente. Alle Parteien haben diesem Standpunkt zugestimmt.

Ob Transporte geeignet sind, die Neutralität zu verletzen, muß von der Regierung festgesetzt werden. Sie ist verpflichtet, sich im Falle, daß derartige Transporte von der Entente durchgeführt werden sollen, unerbittlich mit den Organisationsleitungen der Gewerkschaften und Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und über Maßnahmen zur Verhinderung der Neutralitätsverletzung Uebereinstimmung herbeizuführen. Es ist deshalb nicht angängig, daß von irgendeiner Seite selbständig und für sich allein über die Zulässigkeit oder Nichtzulässigkeit fraglicher Transporte entschieden wird, weil bei Mißgriffen Deutschland und das deutsche Volk die Schere zahlen müßte.

Es ergeht daher besonders an die Arbeiter, Angestellten und Beamten des Verkehrsgebietes die dringende Aufforderung:

1. Haltet die Augen offen und meldet unerbittlich alle verdächtigen Transporte nach Verständigung mit eurer Organi-

sationsleitung der zuständigen Regierungsstelle bzw. dem Reichsverkehrsministerium und dem Auswärtigen Amt.

2. Haltet Euch fern von allen selbständigen Eingriffen gegen laufende Transporte, vermeidet besonders Zusammenstöße mit Angehörigen der früher feindlichen Staaten.

Mehr als je muß Deutschland in dieser Stunde eine einheitliche Front bilden, damit wir nicht in kriegerische Verwicklungen hineingeraten, die diesmal auf deutschem Boden ausgefochten werden würden.

Ein „Unbrauchbarer“.

In seinem Erinnerungsbuch „Von Kiel bis Kapp“ behauptet Roske, die Gründung des Republikanischen Führerbundes habe ihm nichts nützen können, da brauchbare Offiziere diesem nicht angehört hätten. Einer dieser „Unbrauchbaren“, Oberst Lange, jetzt infolge seiner „Unbrauchbarkeit“ Chef der Sicherheitspolizei von Mecklenburg, jendet uns dazu seine Qualifikationsberichte aus der Zeit seines Dienstes im wilhelminischen Heere. Unter vielen ganz ähnlichen lesen wir da folgendes Dienstleistungszeugnis über den zum Führer des Infanterie-Regiments 68 ernannten Major Lange:

„Vollbewährt, tapfer, klar und ruhig, eine ganze Persönlichkeit mit gutem taktischen Blick, schnell, entschlossen und sicher in der Durchführung.“

Gezeichnet ist dieser vom 22. 4. 18 datierte Bericht von dem jetzigen Reichsmehrgeneral von Sülten. Noch interessanter ist folgender Zusatz zum Qualifikationsbericht:

Major Lange ist ein ganz vortrefflicher Regimentskommandeur. Mäßig und frisch weiß er seinen Optimismus auch auf das Offizierkorps zu übertragen, das er gut unterrichtet und erzieht. Streng und gerecht ist er bei der Truppe, von der er viel fordert, für die er aber auch hervorragend sorgt, sehr beliebt. Fällt seine Stelle gut aus.

Dieser Zusatz vom 14. 9. 18 ist unterzeichnet von Generalleutnant Freiherrn von Lüttwig, demselben Lüttwig, auf dessen Betreiben als Wehrkreis-Kommandant Lange aus der Reichswehr entfernt wurde.

Schließlich liegt uns noch ein Schreiben des Beigeordneten Gen. Rausch im Reichswehrministerium vom 29. 9. 18 vor, in dem es heißt:

Noch gestern hat der Minister (Roske) vor den Berliner Vertrauensleuten ausgesprochen, daß er Sie, da Sie auch militärisch glänzend qualifiziert sind, an eine Ihren Fähigkeiten entsprechende Stelle gebracht hätte.

Dieses Angebot Roskes hat Lange allerdings nicht annehmen können, nachdem er in der Reichswehr die Erfahrung gemacht hatte, daß seit Bekanntwerden seiner Zugehörigkeit zum K. F. V. an ihn gerichtete Briefe unterschlagen und ein Major extra zu seiner Verpöbelung abkommandiert wurde, ohne daß er hierfür ausreichende Genehmigung bekam.

Jedenfalls widerlegt schon dieser eine Fall die Behauptung, daß brauchbare Offiziere dem Republikanischen Führerbund nicht angehört hätten, ganz abgesehen davon, daß in der Sicherheitspolizei heutigen Tages zahlreiche Offiziere des K. F. V. hervorragende Kommandostellen innehaben.

Die P. P. S. und der Ostkrieg.

Genf, 7. August.

Als Delegierte der Polnischen Sozialistischen Partei waren auf dem Kongreß der 2. Internationale die Abgeordneten Gajinski und Niedzialkowski anwesend. Genosse Gajinski, Sekretär der parlamentarischen Fraktion der P. P. S. gab uns folgende Erklärungen über die jetzige Lage der Polen.

Die polnische Sozialisten kämpfen seit einem Jahre mit allen möglichen Mitteln um den Frieden. Als der Einmarsch der polnischen Truppen in die Ukraine begann, protestierten wir. Wir waren mit den Zielen dieses Einmarsches, also mit der Errichtung der freien, unabhängigen Ukraine, völlig einverstanden; aber wir waren der Meinung, daß das Mittel, der Kampf mit den Waffen, nicht das geeignete war; dazu fürchteten wir, daß unsere Reaktion

und es ist wahrlich keine bloße Eitelkeit, was der Masse jene Sehnsucht ins Herz legt. Jeder Name, der in Büchern und Zeitschriften erscheint, bedeutet ja einen Charakter, eine Individualität. Der Politiker, der Schriftsteller, der Künstler, der Ringkämpfer, selbst der berüchtigte Verbrecher, den die Zeitungen nennen, alle haben sie sich aus dem Alltag heraus. Und das eben füllt der Massenmann, seine eigene Gebundenheit und Gewöhnlichkeit schmerzt ihn und im Gefühl seiner Unbedeutbarkeit ruft er sehnsüchtig nach — „Menschheit“.

Ob alle jene verächtlichen Feinde der Revolution schon einmal solchen Gedankengängen gefolgt sind?

Ob sie es wirklich nicht verstehen, warum sich ein Massenmensch einmal von der Empörung über die niederdrückenden Fesseln des Werktags gefaßt werden kann und sich in wilder Freude über die eigene ironische Tatkraft von der Arbeitsbank löst, die die Masse nicht? Wie freudig legt er ein müßeliges Antriebsbandlein für die Glückseligkeit ein, einmal im Auto, an stonenden Wärgern vorbei, durch aufgeregte Straßen jagen zu können! Jetzt füllt er die Wälder aller auf sich gerichtet. Freudige und stuchende Lippen müssen von seinen Taten sprechen. Die vielen Millionen Religionen oder bringen seinen Namen groß und deutlich auf der ersten Seite.

Die Masse schreit nach Individualität. Soll sie ewig namenlos bleiben? Masse sind doch Menschen! Einmal freilich bildet sie den zähen, dickflüssigen Brei, aus dem sich der Herrenmensch das Fundament für seine eigene Größe formte. Nun aber ist die geknetete Masse in Gärung. Sie ist reif, aus sich selbst heraus zu vollendeter Form aufzugehen.

Schafft ihr jetzt Gelegenheit, sich von den noch anhaftenden Schläden zu befreien. Gebt ihr Bewegungsfreiheit und Bildungsmöglichkeit. Erlöst sie vor allen Dingen von den drückendsten Sorgen des täglichen Lebens. Die menschliche Kulturwelt ist groß genug, um jedem einzelnen ein Wirkungsfeld bald auf irgendeinem Gebiete zu geben. Das muß unser höchstes Menschheitsziel bleiben: von der „Masse“ zum „Menschen“.

Die Reichweite der Atmosphäre. Dem norwegischen Physiker Professor Bjerkner ist es gelungen, festzustellen, wie weit die Atmosphäre reicht. Er fotografierte, wie in der „Umschau“ berichtet wird, zugleich mit verschiedenen anderen Beobachtern an getrennten Orten ein und dasselbe Nordlicht und verglich dann die Platten miteinander. Daraus ließ sich berechnen, daß die höchsten Ausstrahlungen des Polarlichtes und damit die äußersten Spuren der Erdatmosphäre eine Höhe erreichen, die die des Röntgenstrahlens um das Hundertfache übersteigt. Die Reichweite der Atmosphäre beträgt also etwa 500 Kilometer. Die Dichtigkeit der Atmosphäre ist natürlich in so außerordentlicher Höhe unendlich gering, und davon hängt die Temperatur ab, die im freien Weltraum den absoluten Nullpunkt (—273 Grad Celsius) erreicht.

die Früchte eines Sieges in ihrem Interesse (also im Interesse der polnischen Grundbesitzer und der Kirche) ausnützen würde. Wegen unserer Stellung in der Friedensfrage nannten uns unsere Reaktionsäre, die sogar bis zu Kossak marschieren wollten — „Poltschewiken“ und „Verräter“!

Jedoch als die polnische Front zurückgedrängt war und Polen von dem Heere Brussilows und Ludenans bedroht war, mußten wir unsere Stellung ändern. Wir kämpften immer für die Unabhängigkeit unseres Landes, und als diese ernstlich bedroht war, mußten wir an die Verteidigung des Landes denken. Wir sahen und sehen in den Heeren Brussilows keineswegs den siegreichen Einmarsch der sozialen Revolution, sondern die Truppen der imperialistischen russischen Politik. Im Kriege mit Polen haben die Bolschewiki einen gewaltigen Ausdruck des alten Chauvinismus hervorgerufen, und die Eroberung Polens könnte leicht zur vollen Vernichtung der polnischen Unabhängigkeit führen. Die kommunistischen Gruppen, die in einigen Städten Kongreßpolens existieren, haben jetzt fast ihren ganzen Einfluß eingebüßt. Ungeachtet dessen haben die russischen Bolschewiki eine „polnische“ Regierung errichtet, welche vermutlich jetzt in Warschau einzuwandern, um mit den russischen Heeren in Warschau einzukordern. Diese Regierung, die den polnischen arbeitenden Massen ganz fremd ist, soll von oben herab mit Gewalt eingesetzt werden.

Darum haben wir als Partei das arbeitende Volk zur Verteidigung gerufen. Darum haben wir unseren Genossen Dązinski ins Kabinett der nationalen Verteidigung geschickt. Dązinski hat die Stellung des Vizepremier übernommen, um in den Fragen der Verteidigung und des Friedens Kontrolle zu üben. Das also ist der Grund, weshalb wir ins Kabinett eingetreten sind.

Persien verweigert jede Sühne.

Zur Ermordung des deutschen Konsuls in Teheran in Persien, des Herrn von Buxstrom, hatte die persische Regierung auf deutsches Einschreiten erklärt, der Konsul sei zuzeit seines Todes nicht mehr Konsul gewesen und er selbst habe das Feuer eröffnet; auch sei er nicht von einer persischen Kugel getroffen worden, sondern habe Selbstmord begangen.

Obgleich diese Behauptungen durch die Befestigungen an der Leiche und im Konsulat rethlos widerlegt wurden, lehnt die persische Regierung jede Genugtuung ab.

Berichtigung: Der Verfasser des Aufsatzes über „Die Wohnungsnöte“ in der Abendausgabe des Vorwärts vom 7. August 1920, Dr. de Laporte, teilt uns mit, daß der letzte Satz seines Aufsatzes folgendermaßen lauten mußte: „Eine auch nicht sozialistische Regierung, welche die in dieser Richtung notwendigen Reformen nicht erkennt und mit aller Energie betreibt, würde damit beweisen, daß sie unfähig ist, die Anforderungen unserer Zeit als notwendige sozialistische (nicht: sozialistische) Entwicklung zu begreifen.“

Grubenunglück in Dortmund.

Dortmund, 8. August. Heute vormittag gegen 8 Uhr riß auf Zeche Kaiserstuhl II das Förderseil. Der Förderkorb stürzte etwa 350 Meter in die Tiefe. 23 Bergleute fanden den Tod.

Zu der Katastrophe auf Zeche Kaiserstuhl II werden noch folgende Einzelheiten gemeldet. Als am Sonntag morgen der Maschinenwärter den zweiten Korb der Nachsicht zutage förderte, ging der Korb durch die Seilscheide durch. Das Seil riß und der Korb stürzte 350 Meter in den Sumpf des Schachtes. Die Bergwerksleitung hatte verfügt und die auf dem Korb befindlichen 80 Bergleute stürzten mit dem Korb in den Sumpf. Drei Leute wurden bei dem Absturz herausgeschleudert und als schwerverletzte Leiden aufgefunden. Die übrigen 77 Bergleute saßen mit dem jetzt ummerten Korb in dem Schachtsumpf und konnten trotz anstrengender Arbeit bis jetzt noch nicht herausgeholt werden. An den Anschlägen wurden ferner noch 5 Bergleute verletzt, von denen 4 ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Der Maschinenwärter Reier, der den Korb zu hoch gezogen hatte, unternahm in seiner Wohnung einen Selbstmordversuch, indem er sich die Pulsader durchschnitt. Er wurde jedoch noch lebend ins Krankenhaus gebracht. Die Zeche „Kaiserstuhl II“ gehört dem Eisen- und Stahlwerk Hoesch.

Der Unerfütterliche.

Der dümmste Kerl im ganzen Land schien voll von Weisheit und Verstand, trug er nur erst den Leutnantskragen und d. h. einen festen Wagen, der schweren Dünfels Ueberrock mit Gottbertrauen in sich trug. Wie ward des Volkserziehers Würde ihm leicht im Glanze seiner Würde! Er blieb ein Mensch von höchstem Wesen, in seinem Auge stand zu lesen: „Du Jüdisch, du Trauermann, tritt selbstwärts ab, es kommt heron, furchtbar und schön wie ein Gewitter, des Preußentums gefärbter Ritter.“

Wie hatten ihn, wir haben ihn, wenn Throne stürzen, Herrscher fliehen, auf seines Dünels Sandgelände läuft die Entwicklung sich zu Ende. Er ist aeblichen wie vor dem, ein Dakenkreuz ist sein Emblem, er läßt die alte Skarre zöhen und spricht von Teufel erhabnen Eöhen. Die Kerl will nimmermehr verschwinden, mag sich die Welt in Qualen winden, sie wuchert auf der misera plebs als Carcinom — gemeiner Krebs. Ruh man denn ewig an ihm leben, gibt's gar kein Messer, um zu schneiden von unserm Leid den saulen Brand, den dümmsten Kerl im ganzen Land?

Edelgraf.

Reinhardt tritt zurück! Eine überraschende Nachricht wird verbreitet: Vor Reinhardt tritt aus seinen Schattungen aus und werde nur noch als Regisseur dabei mitwirken. An seine Stelle sollen Gerhart Hauptmann und Felix Hollaender die Leitung der Reinhardt-Bühnen übernehmen. Neue Männer werden die Regie führen. Dieser merkwürdigen Behauptung, die in ihren Ursachen und Wirkungen noch nicht zu übersehen ist, sollen seine finanziellen Probleme zurunde liegen. Reinhardt soll durch periodische Beiträge, von denen hier öfter Notiz genommen wurde, aus dem Lande geschafft sein.

Kurt Eisners „Wörterprüfung“ ist vom künstlerischen Aussehen der Volksbühne für die Aufführung in der kommenden Spielzeit erworben worden.

Das Reichswirtschaftsmuseum. Das Deutsche Kriegswirtschaftsmuseum in Leipzig ist in ein Reichswirtschaftsmuseum umgewandelt worden, nachdem die großen wirtschaftlichen Sammlungen auf Veranlassung des Reichswirtschafts- und Reichswehrministeriums hierfür überführt worden sind. Dadurch findet sich in diesem Museum ein einzigartiges Darstellungs-material, dessen Wert schon jetzt mehr als eine Million Mark beträgt. Bureaus wird mit Unterstützung von Wissenschaftlern und Wirtschaftlern von dem Institut neu aufgebaut.

Die Namenlosen.

Alles Ausurleben ist ein einziger großer Kampfplatz für zwei Heer miteinander ringende Gegner. Ueberall, wohin wir blicken, in der Politik, in der Kunst, im Erwerbsleben stehen sie sich als erbitterte Feinde gegenüber: der einzelne gegen die Vielheit, der Herrenmensch gegen die Masse.

Lange Zeit war die Uebermacht des Herrenmenschens unbedenklich. Doch heute ist sie unannehmbar groß. Die Masse aber ist elend trotz ihrer Größe. Darin haben wir uns ihrer angenommen und kämpfen mit ihr gemeinsam um ihren endgültigen Sieg.

Befreiung bringt hier aber nur der Tod. Wie wollen die „Masse“ auf dem Altar der Kultur den vernichtenden Flammen übergeben. Aus der Asche aber wird strahlend in der neuen Freiheit der „Mensch“ hervorgehen.

Unter „Masse“ verstehen wir gewöhnlich jenes Proletariat, das sich ein armseliges Dasein im täglichen Lohndienst erhalten muß. Das ist aber nur die eine Eigenart der Masse. Es ist ferner ihr ökonomisches Geschick. Auch an einer anderen Sonderheit erkennen wir ihr Wesen: sie ist die Gemeinschaft der Namenlosen!

Die Massenmenschen sind namenlos, trotzdem sie alle irgendeinen gleichgültigen bürgerlichen Namen führen. Aber diese Namen sind immer nur gewöhnliche, geschriebene — geschriebene oder auch gesprochene mit drei Kreuzen. Niemals aber gedruckt! Das ist es! Das ist die Eigenart des Massenmenschen, daß er keinen gedruckten Namen besitzt.

Die Masse trägt aber nicht nur die ökonomische Last ihres proletarischen Glendes, sondern auch das reine seelische Leid eines namenlosen Daseins.

Am gedruckten Namen erkennt man erst den Herrenmenschen. Staatsmänner und Heerführer sind am anspruchsvollsten. Ihre Namen nennt jede Zeitung in jeder Spalte — und täglich werden viele Hundert Millionen Zeitungen hergestellt. Der Künstlername erscheint in Zeitschriften und Büchern. Voger und Ringkämpfer vereweltigen ihre Namen auf leuchtenden Plakaten. Fabrikherren und Geschäftsleute lassen sie auf Schilder malen und Briefbogen dann bebruden.

Nur der Massenmensch ist namenlos. Fragt nur eure Arbeitshäuser, ob jemals ihr Name gedruckt in die Welt hinausging. Und doch ist es die tiefe Sehnsucht auch der Massenmenschen, in irgendeiner Weise einmal aus der Menge herauszutreten. Alle haben sie ja einst davon geträumt, ihren berühmten gewordenen Namen einmal in aller Stunde zu hören. Und alle, fast alle träumten sie vergeblich. Sie können nur und vergehen wieder im harten Kampfe mit dem Leben und mit den Herrenmenschen.

Sozialdemokratischer Bezirkstag.

Groß-Berlin

Bandenüberfälle auf Tanzsäle.

In der Nacht von Sonnabend auf Sonntag überfiel eine zum Teil mit Revolvern bewaffnete Bande jugendlicher Räuber in Treptow nacheinander zwei benachbarte gelegene Tanzsäle, in denen gerade Tanzunterhaltungen stattfanden. Es waren ungefähr zehn Mann, die die Überfälle ausführten. Zuerst erklommen sie in den Kellern von Wagnitz am Treptower Park 27, zertrümmerten die Fenster und begannen sofort in der kühnsten Weise gegen die Teilnehmer der Unterhaltung vorzugehen. Man warf Stühle und Tische um, schmetterte Gläser und Schüsseln mit dem Revolver wie blind um sich.

Es entwickelte sich ein großer Tumult, was ja der Zweck des Überfalls war. Denn die Räuber versuchten nun Uhren, Handtaschen und Schmuckgegenstände zu rauben. Ehe man recht zur Besinnung kam, war eigentlich geschehen, verschwanden die Eindringlinge.

Nach diesem Überfall suchten die Durschen das Etablissement Viktoriagarten, das den Resten von Wagnitz benachbart ist, auf. Hier kamen sie mit einem Raufen vor. Einige sperzten die Straße ab und bedrohten jeden Passanten mit Revolvern. Darauf drangen Heben Mann in das Lokal ein und zertrümmerten auch hier die Glastische. Sie suchten sich sofort den Weg in die Garderobekammern, um sich der abgelegenen Kleidungsstücke zu bemächtigen. Ehe dies aber gelang, waren eine Anzahl männlicher Teilnehmer der Tanzunterhaltung auf den Boden aufmerksam geworden und luden die Räuber hinaus-zudrängen. Wieder wurde geschossen, ohne daß jedoch jemand verwundet worden wäre. Die Mordpläne scheiterten schließlich die Flucht und kehrten noch von der Straße aus, um eine Verfolgung zu verhindern.

Debaurierweise dachte man bei beiden Überfällen zu spät daran, die Sicherheitswehr zu verständigen. Als diese erschien, waren die Mordpläne bereits spurlos verschwunden.

Dazu meldet die Pressestelle der Sicherheitspolizei:

Keinmal nach und die beiden Lokale Viktoria-Garten und Wagnitz's Prachtzweige in Treptow. Am Park 25/27, in denen Kellerräumen stattfanden, zwischen 1 bis 2 Uhr nachts durch eine Bande von etwa 10 Mann überfallen worden. Auf telefonischen Hilferuf begaben sich 5 Beamte der Sicherheitspolizei dorthin, konnten aber nur feststellen, daß die Lokale ver-wüstet waren, von Plünderern war nicht mehr zu sehen. Die Plünderer sollen noch Auslagen Schutzwehren ge-brought haben. Eine Spur von ihnen war nicht mehr zu entdecken.

Gegen den Steuerfreibrief der Hausbesitzer. Eine Anzahl gut besuchter Mieterversammlungen, die sich mit dem angebotenen Steuerfreibrief der Hausbesitzer beschäftigten, fanden am gestrigen Sonntag in Groß-Berlin statt. Die Redner zeigten mit Entschiedenheit die Drohung der Hausbesitzer, die Zahlung der öffentlichen Abgaben einzustellen, um eine Aufhebung oder Abänderung der Höchstmietpreisverordnung zu erzwingen. Man erwartete von den Reichs- und Staatsbehörden, daß sie gegenüber dem An-suchen der kapitalistischen Interessen des Boden- und Grund-eigentumsstandes des Baugewerbes, der Großhandels und des Haus-bebaues seit Heilbrunn. Die Interessen der breiten Schichten der Arbeiterbevölkerung seien energisch zu wahren. In einer Ent-scheidung verpflichteten sich die Auswärtigen, dem angebotenen Steuerfreibrief der Hausbesitzer gegenüber, die öffentlichen Abgaben durch direkte Zahlung eines entsprechenden Teiles des Mietzinses an die Stadt zu decken. Die Mieter würden sich bereit erklären, die Verteilung der Lebensmittelkarten, Bekleidungskarten usw. selbst zu übernehmen und falls die Hausbesitzer ihre hässlichen Ehrenämter niederlegen, diese zu übernehmen.

Kampf eines Kriminalbeamten mit einem Verbrecher. Als ein Kriminalwachmeister gestern nach der Abführung eines Gefangenen in das Polizeigewahrsam über den Gefängnishof schritt, sah er dort einen Mann stehen, der sich durch Zeichensprache mit einem Gefangenen unterhielt. Er stellte den Mann zur Rede und wies ihn vom Hof hinunter. Statt der Aufforderung des Beamten nachzukommen, fiel dieser über ihn her, schlug auf ihn ein und schickte auch einen schweren Vorwand, den er bei sich hatte, auf den Beamten. Nach längerem Kampf gelang es diesem jedoch, den Mann zu überwinden und abzuführen. Es stellte sich heraus, daß der Verhaftete ein 32 Jahre alter, wiederholt wegen Einbruchsdiebstahl verurteilter Julius Eichel ist, der erst kürzlich wegen eines derbelegenen Einbruchs in der Brunnenstraße, bei dem er mit seinen Spielgefährten über die Dächer gegangen war, festgenommen worden ist. Die Kriminalpolizei führte ihn dem Untersuchungsrichter vor, der ihn jedoch trotz seiner vielen Vorstrafen wieder auf freien Fuß belieh, weil er angeblich heiraten wollte.

In der Zwischengasse oder war seine zukünftige Frau von der Kriminalpolizei ebenfalls wegen anderer Vergehen in das Polizeigewahrsam eingeliefert worden. Eichel war nun nach dem Polizeipräsidenten gekommen, um sich mit seiner Braut zu unterhalten.

Schlägerei zwischen Zivilisten und einem englischen Soldaten. Gestern abend beobachtete eine Streife der Sipos eine Schlägerei zwischen mehreren Zivilisten und einem englischen Soldaten in der Judasiden-Edle Chausseestraße. Der englische Soldat war stark angegriffen und blutete etwas an der Stirn. Die Siposbeamten brachten ihn in eine Drohkäse, mit der er in der Richtung Bahnhofs Friedrichstraße davonfuhr. Die Zivilisten hatten bei An-näherung der Streife das Weite gesucht.

Neben den Schienen der Wannseebahn ist aufgefunden wurde gestern früh auf dem Bahnhof Grobfabrikstraße die Leiche einer unkonnten etwa 25 bis 30 Jahre alten Frau. Es scheint sich um einen Selbstmord zu handeln, doch ist auch ein Unglücksfall nicht ausgeschlossen. Die Leiche wurde nach der Friedhofshalle in der Chausseestraße zu Schöneberg gebracht. Die Unbekannte ist 1,70 Meter groß, hat dunkles Haar und trug einen schwarzweißen-larierten Rock, schwarze Strümpfe und schwarze Halbhuhe. Ihre Wäsche ist W. gezeichnet.

Groß-Berliner Parteinachrichten. Heute, 9. August: 16. Abt. 7 1/2 Uhr bei Eduard, Rüdigerstr. 8, Funktionä-rung. Morgen, 10. August: 26. Abt. 7 1/2 Uhr Sitzung der Parteifunktionäre bei Reife, Rüdigerstr. 5. 27. Abt. 7 Uhr Sitzung der Funktionäre und Vertrauensleute bei Tobröhm, Eimerländer Str. 11. 29. Abt. 7 Uhr bei W. Burg, Grenzauer Allee 180, Sitzung der Parteifunktionäre. Charlottenburg: 4. Gruppe, 7 1/2 Uhr Zusammenkunft bei Guber, Kollerstr. 10, Gruppe 9a. Jungsozialistische Vereinigung, 7 Uhr Konferenz der Ortsleiter für Veranstaltungen im Saale der jüdischen Synagoge, Lindenstr. 3.

Vorträge, Vereine und Versammlungen. Republikanischer Führerbund, Bezirk 9 (Nord), Versammlung Dienstag 7 Uhr, Kollmerstr. 86, Lokal. — Reichsbund der Kriegs-behinderten, Bezirk Lindenstr. 86, Mittelschüler-Versammlung Dienstag 7 1/2 Uhr bei Schwarz, Mühlendammstr. 26. Tagesordnung: Referat über Reichs-verordnungsgesetz durch den Gauleiter Kam. Voder. — Deutscher Arbeiter-Theater-Bund, Donnerstag 7 1/2 Uhr Versammlung in der Aula des Engels, Weinmeisterstr. 15, Bundesvorsitzender Genosse Olmze und Berufs-organisator Genosse Böhm sprechen über Zweck und Ziele des Deutschen Arbeiter-Theater-Bundes und neue Aufgaben der Arbeiter-Theater-Bereine. Alle Theater-Bereine Groß-Berlins sind dazu eingeladen.

Der Bezirksverband Groß-Berlin der Sozialdemo-kratifchen Partei Deutschlands hielt am Sonntag im Germania-klub seinen Bezirkstag ab.

Der Vorsitzende Franz Krüger eröffnete die Sitzung und ge-dachte der im Laufe des Geschäftsjahres verstorbenen Parteimit-glieder mit ehrenden Worten, die von der Versammlung lebhaft angefaßt wurden. — Hierauf trat der Bezirkstag in die Tages-ordnung ein.

Franz Krüger erläuterte den Geschäftsbericht des Vorstandes.

Der Beginn des Geschäftsjahres stand unter dem Zeichen des starken Anwachsens der Organisation. Von der Revolution bis zum 1. April 1919 hatte es der Bezirksverband auf etwa 40 000 Mitglieder gebracht. Ein großer Teil der neuen Mitglieder kam aus Kreisen, denen die sozialistischen Gedanken nicht vertraut waren. Es war deshalb eine unserer Hauptaufgaben, die Organi-sation den veränderten politischen Verhältnissen und der gesteigerten Mitgliederzahl anzupassen. — In eingehender Weise be-sprach der Redner die allgemeinen politischen Verhältnisse. Er ver-wies darauf hin, daß unsere Arbeit sehr erschwert worden ist durch die Kämpfe innerhalb der sozialistischen Arbeiterkraft. Die

Suche von links im Januar und März

vorigen Jahres waren ein hartes Hindernis des Fort-schreitens auf dem Wege zum Sozialismus. Das muß beachtet werden als Widerstandsgrund bei der Beurteilung der Leistungen unserer Partei nach der Revolution. Auch der wirtschaft-lische Wiederaufbau wird durch die Parteikämpfe inner-halb der Arbeiterkraft sehr erschwert. Die wichtigsten An-griffe von links gegen die vorige Regierung und namentlich gegen die ihr angehörigen Sozialdemokraten zwangen die Regierung, sich immer mehr auf das Militär zu stützen. Wenn die Schuld-Wagen an dem Fortschritt der Reaktion festgeschüttet werden soll, so muß betont werden, daß die

Suche von links die Hauptursache am Fortschritt der Reaktion

tragen. Aber auch auf der anderen Seite liegt manches Ver-schulden, das aber erst verursacht ist durch das Vorgehen von links. Mit diesen Vorgängen hängt auch die Errichtung der Techni-schen Rosthilfe zusammen. Unwahr ist die Behauptung, daß der Bezirksverband oder ich persönlich die „Technische Rosthilfe“ ins Leben gerufen werden. Wir haben keinen Einfluß darauf gehabt. Unter den damaligen Verhältnissen, wo die Still-legung lebenswichtiger Betriebe drohte, war die „Technische Rosthilfe“ eine Notwendigkeit, wozu auch unsere Partei-mitglieder einwirken waren. (Zustimmung.) Mit der Zeit hat die Technische Rosthilfe einen Einfluß bekommen, den wir nicht billigen. Sie ist auf dem Wege, eine Organisation zu werden, die, ohne daß dringende Notstände vorliegen, die Arbeiterbewe-gung schädigen will. Das ist so kommen konnte, daran sind die Gewerkschaften nicht unschuldig, da sie das Mitwirken in der Technischen Rosthilfe und damit den Einfluß auf dieselbe abge-lehnt haben. Heute werden auch wir Stellung gegen die „Technische Rosthilfe“, wie sie jetzt ist, nehmen müssen.

Die Gegensätze zwischen den sozialistischen

Parteien zeigen sich auch bei der Frage der

Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Nach habe es nicht für richtig gehalten, den Vertrag zu unter-zeichnen. Aber nachdem die Unabhängigen die Unter-zeichnung entschieden verlangt hatten und dadurch die für die Abrechnung des Vertrages notwendige opferbereite Einig-leit des deutschen Volkes gerettet war, konnte die Unterchrift nicht abgelehnt werden. Nachdem der Vertrag dem Verlangen der Unabhängigen entsprechend, unterzeichnet war, hätten diese auch ihren Einfluß aufheben müssen, damit die Erfüllung des Vertrages nicht durch Streiks und Kämpfe im Ruhrrevier behindert werde. Das

Anwachsen der reaktionären Strömung

ist nicht gleichbedeutend mit dem Verlangen nach Wiederherstellung der Monarchie, sondern es ist zum großen Teil auf wirtschaft-lische Ursachen zurückzuführen. Wir haben es hier mit einem Widerstand des Bürgertums gegen die wirt-schaftlichen Kämpfe der Arbeiter zu tun, namentlich gegen die Auswüchse derselben. Die sich zeigen in wilden, ohne Verantwortungsgefühl geführten Streiks.

Der Redner besprach den Rapp-Bußch und die Gegen-sätze zwischen den Arbeiterpartei, die sich auch bei dieser Gelegenheit zeigten. Die bekannten

acht Punkte sind zum großen Teil nicht gehalten.

Auch unsere Genossen, die in der vorigen Regierung waren, haben bei der Durchführung der acht Punkte zum großen Teil versagt. Nichts ist geschehen hinsichtlich der Reform der Reichswehr, der Entlohnung der Reaktionsäre, der Reform der Verwaltung, und die Aufhebung des Belagerungszustandes und der außerordent-lichen Kriegsverordnungen ließ lange auf sich warten. Die härtesten Urteile wurden im Ruhrrevier gegen Arbeiter gefällt, während die Rapp-Verbrecher nicht gefaßt werden. (Zustimmung.) In Verwaltung und Militärkreisen scheint man nach dem Rapp-Bußch zu der Meinung gekommen zu sein, daß die Regierung ihnen gegenüber machtlos sei, als sie es vorher war. Die

Reichstagswahl

ist für unsere Partei nicht ungünstiger ausgefallen, als nach Lage der Verhältnisse zu erwarten war. Berlin war ja schon immer das Zentrum der radikalen Bewegung und der günstigste Boden für die Unabhängigen, die ja den Vorteil für sich haben, daß sie nach der Parteipaltung die vorhandene Organi-sation übernehmen, während wir unsere Organisation neu auf-bauen mußten. Es kann mit Freude festgestellt werden, daß sich unsere in den schwersten Kämpfen aufgewachte Organisation bei den Reichstagswahlen glänzend bewährt hat. — Der Redner kritisiert die Weigerung der Unabhängigen, in eine Koalitionregierung der Linksparteien einzu-treten und sagt, die Verhältnisse, die sich unter der jetzigen Re-gierung entwickelt haben, werden hoffentlich

eine gute Schule für die Unabhängigen sein.

Nach einem Rückblick auf die

ausenpolitische Situation

betonte der Redner, daß wir im russisch-polnischen Kriege die strengste Neutralität zu beobachten haben. Wir haben keine Sympathie für Polen, dürfen uns aber auch nicht von einer Ge-fühlspolitik zugunsten der Bolschewiken leiten lassen. — Zum Schluß beantwortete der Redner eine rege Organisations-arbeit, damit die Organisation für alle Fälle schlagkräftig dastehen. (Beifall.)

Den Kassenbericht

erstattete Genosse Bagel. Die Zentralisation des Kassenwesens hat sich gut bewährt. Die Mitgliederzahl ist in erfreulichem Maße gewachsen. Sie beträgt nach der Anzahl der im abgelau-fenen Geschäftsjahr verkauften Partien 55 870, davon sind

44 599 Männer und 11 481 Frauen.

Der jetzige Mitgliederbestand ist der verlässlichste Teil der Groß-Berliner Hand- und Kopfarbeiter, die Rezentruppe, die allen Stürmen von rechts und links

Trotz geboten hat. Von dem gemoligen Zulauf an Mitgliedern während und nach der Revolutionszeit kommt wenig in den an-gegebenen Zahlen zum Ausdruck. Die allermeisten haben den Ab-schluß des Geschäftsjahres 1919 nicht abgemeldet, sie sind schon vor-der zurückgegangen in das große Meer der indifferenten Masse oder haben sich betören lassen durch die glänzenden Versprechungen anderer Parteien, welchen sie nach kurzer Zeit natürlich auch den Rücken gekehrt haben.

Der Einfluß dieser tapferen Schar überzeugter Sozialdemo-kraten kommt auch in der Vertretung unserer Partei in den Stadt- und Gemeindeparlamenten zum Ausdruck. Wir hatten in 15 Städten 244 sozialdemokratische Stadtratsmitglieder, darunter 92 Frauen. In 185 Landgemeinden sahen 720 sozialdemokratische Gemeindevorsteher, darunter 30 Frauen. In 14 Städten hatten wir 58 sozialdemokratische Magistratsmitglieder und in 120 Landgemeinden 174 sozialdemokratische Gemeindevorstandsmitglieder, darunter 2 Frauen. Sozialdemo-kratifche Kreisrätsmitglieder hat die Partei in Bezirk 80, und im Provinzialparlament 10 Parteigenossen. Am preussischen Landtage ist der Bezirk durch 15 Abgeordnete ver-treten, 13 Genossen und 2 Genossinnen.

Hierauf wurde die Diskussion über den Geschäfts- und Kassenbericht eröffnet.

Reitmann-Neuß: Um die Durchführung der acht Punkte zu ermöglichen, hätte der Bezirksvorstand das Volk zu Demonstra-tionen aufzurufen müssen. Ebenso bei anderen wichtigen politischen Fragen, so namentlich bei den Verhandlungen in Spa. Bei der Auswahl der Versammlungsreferenten muß mit mehr Sorgfalt verfahren werden.

Greger-Neuß: Wenn wir nach der Revolution den erwar-teten Erfolg nicht gehabt haben, so liegt das zum großen Teil daran, daß sich die Arbeiterkraft mehr von selbstmätigen Stim-mungen als von harter Einsicht in die tatsächlichen Verhältnisse leiten läßt. Durch den Verzicht der Unabhängigen auf den Eintritt in die Regierung wird die Sozialisierung sehr ver-zögert, denn jetzt ist den Bürgerlichen eine Krift gegeben, die sie auszuüben werden, um die Sozialisierung auch da zu hindern, wo sie möglich und durchführbar ist. Es ist das größte Ver-brechen der Unabhängigen, daß sie nicht die Gelegenheil ergreifen haben, um solche kapitalistischen Treibereien gegen die Sozialisierung zu verhindern. — Die Betriebsorganisation muß weiter ausgebaut werden.

Dr. Goldschmidt-Berlin meint, die neuen Mitglieder seien zum größten Teil aus bürgerlichen Kreisen gekommen, während die älteren Mitglieder nach links abgewandert seien. Bei der Gründung der „Technischen Rosthilfe“ habe man annehmen können, daß der Bezirksvorstand doch unter stehe, weil ein Vorstandsmitglied ein Werbezirkular für die „Technische Rosthilfe“ unterzeichnet hatte. Das dürfe, um Mißdeutungen zu verhindern, nicht wieder vorkommen. Krüger habe das System Roske, nachdem es Schriftbruch gelitten hatte, noch in Schutz genommen. Heute könne man zu Krügers Ausführungen sagen, es ist mehr Freude über einen Sünder, der Buße tut, als über 99 Gerechte.

Dr. Paul Lenck-Romanow macht der Redaktion des „Vorwärts“ den Vorwurf, sie habe während des Krieges und nach demselben eine unklare passivistische Gefühls-politik betrieben. Ferner beklagt sich der Redner darüber, daß über einen von ihm gehaltenen Vortrag, bei dem ein Redak-teur des „Vorwärts“ anwesend gewesen sei, ein irreführender Bericht gebracht sei, der einem bürgerlichen Blatt entnommen war. Eine dagegen bei der Prekominmission erhobene Be-schwerde sei noch nicht erledigt.

Prolet wendet sich gegen die von Dr. Lenck während des Krieges vertretenen Anschauungen und betont, daß dadurch Folgen entstanden seien, die Lenck jetzt selber als unangenehm empfinde. Weiter führt der Redner aus, der Vorstand hat nicht immer den Standpunkt der Partei vertreten, wie es notwendig war. Genosse Krüger hat ja heute zu manchen Parteifragen einen ganz anderen Standpunkt eingenommen wie früher. Es war nicht richtig, wenn von uns verlangt wurde, wir müßten alle Maßnahmen, die unsere Genossen in der Re-gierung für gut halten, decken. Bei einem Teil der Genossen war nach ihrem Eintritt in die Regierung das Gefühl für die Interessen der Arbeiter verloren ge-gangen. (Sehr wahr.) Wenn sich unsere Partei wieder an der Regierung beteiligen sollte, dann werden wir uns das

Recht der Kritik

ihren Maßnahmen nicht beschränken lassen. (Beifall.)

Bernhard Krüger empfiehlt dem Vorstand, das Hauptgewicht auf den Ausbau der Betriebsorganisation zu legen. Die Aufführung in den Betrieben sei notwendig, um unseren Genossen einen Einblick zu geben bei den Kämpfen, die hauptsächlich wegen der Betriebsdrückerfrage in den Betrieben entzünden werden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Kutner wendet sich in einer persönlichen Bemerkung gegen die Ausführungen von Dr. Lenck, der dem „Vorwärts“ die Propagierung einer gefühlsmätigen passivistischen Politik vor-geworfen, diesen Vorwurf aber nicht begründet und nicht gefaßt habe, was er eigentlich vom „Vorwärts“ wolle. Die vom Genossen Lenck vertretenen Kriegspolizei habe der „Vorwärts“ allerdings nicht mitgemacht, er habe einen Verhängnisvollen Verlangt, während Lenck die Heberwindung Englands gepre-digt habe. Die Reichswehr wegen der Verarmungsberichte werde ja ihre Erhebung durch die Pressekommission finden. Im übrigen sei es nur zu begrüßen, daß die Berliner Parteigenossen endlich Gelegenheit hätten, mit Genossen Lenck persönlich be-kannt zu werden, da sie bisher dessen Ansichten allein durch den roten „Tag“ oder durch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ er-fuhren.

Dr. Lenck erwidert, mit seiner Kritik habe er die von Stämpfer vertretenen Politik treffen wollen.

Fogel bespricht im Schlußwort die von Dr. Gold-schmidt aufgestellte Behauptung, daß viele bürgerliche Elemente in unserer Partei Aufnahme gefunden haben. Wer sich in der Partei umsehe, der wisse, daß ihr noch wie vor in der Hauptsache Arbeiter angehören.

Franz Krüger geht in seinem Schlußwort auf die Ausführun-gen der Diskussionseiner ein. Mit der Veranstaltung von Demonstrationen bei allen möglichen Gelegenheiten dürfen wir es nicht unseren Brüdern von links nachmachen, sondern wir müßten in jedem Falle prüfen, ob ein Protest so begründet sei, daß er

Widerhall bei den Massen

finde und seine Wirkung nicht verfehle. Er Redner, habe nicht nach dem Rapp-Bußch noch das System Roske verteidigt, sondern er habe schon am ersten Tage des Bußches in einer Sitzung die Meinung der Partei vertreten, daß Roske als Minister nicht wiederkehren dürfe. Er habe aber hinterher nicht, wie andere, auf Roske losgeschlagen, sondern die Gründe gemüßigt, die Roske für sich anführen konnte.

Die von den Revisoren beantragte Entlastung des Kassierers wurde mit allen gegen eine Stimme, die Ent-lastung des gesamten Bezirksvorstandes gegen einzelne Stimmen beschlossen.

Der übrige Teil der Tagesordnung: Neuorganisation des Bezirksverbandes, Wahl des Vorstandes und sonstige Anträge wurde wegen der vorgeschrittenen Zeit vertagt. Die Fortsetzung des Bezirkstages soll am Sonntag, den 22. August, stattfinden.

